

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Tobias Matthias Peterka, Fabian Jacobi, Peter Bohnhof, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/5476 –

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs
und des Asylgesetzes
(Massenmigrationsbewältigungsgesetz)**

A. Problem

Die Fraktion der AfD bemängelt, das für die Landesregierungen in § 556d Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch vorgesehene Begründungserfordernis für die Zulässigkeit des Überschreitens der ortsüblichen Vergleichsmiete in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt führe zu keiner Verbesserung der Wohnsituation. Neben nachlassender Neubautätigkeit beruhe die angespannte Situation auf den Wohnungsmärkten hauptsächlich darauf, dass den Städten und Gemeinden ohne Berücksichtigung der konkreten Situation auf dem jeweiligen Wohnungsmarkt und ohne Widerspruchsmöglichkeit von der jeweiligen Landesregierung Asylsuchende zur Unterbringung zugewiesen würden.

Sie schlägt daher vor, die Vorschrift des § 556d Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch dahingehend zu ändern, ein zusätzliches Begründungserfordernis für die Landesregierungen aufzunehmen, wenn für ein Gebiet ein „angespannter Wohnungsmarkt“ festgestellt werden soll. Zudem soll die Regelung des § 45 AsylG um ein kommunales Vetorecht gegen die Zuweisung von Asylantragstellern ergänzt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme der Vorlage.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/5476 abzulehnen.

Berlin, den 14. Oktober 2026

Der Innenausschuss

Josef Oster
Amtierender Vorsitzender

Detlef Seif
Berichterstatter

Dr. Gottfried Curio
Berichterstatter

Hakan Demir
Berichterstatter

Lukas Benner
Berichterstatter

Clara Bünger
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Detlef Seif, Dr. Gottfried Curio, Hakan Demir, Lukas Benner und Clara Bünger**I. Überweisung**

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 21/5476** wurde in der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. April 2026 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 55. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/5476 empfohlen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 32. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/5476 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/5476 in seiner 47. Sitzung am 14. Oktober 2026 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 14. Oktober 2026

Detlef Seif
Berichtersteller

Dr. Gottfried Curio
Berichtersteller

Hakan Demir
Berichtersteller

Lukas Benner
Berichtersteller

Clara Bünger
Berichterstellerin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.